

Schneider, Michael C.

Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Traditionen und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1952

Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 6, S. 959-983



Quellenangabe/ Reference:

Schneider, Michael C.: Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Traditionen und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1952 - In: *Zeitschrift für Pädagogik* 41 (1995) 6, S. 959-983 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-105396 - DOI: 10.25656/01:10539

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-105396>

<https://doi.org/10.25656/01:10539>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 41 – Heft 6 – November/Dezember 1995

Essay

- 853 FRANK-OLAF RADTKE
Interkulturelle Erziehung. Über die Gefahren eines pädagogisch
halbierten Anti-Rassismus

Thema: Konstruktion von Wissen

- 867 JOCHEN GERSTENMAIER/HEINZ MANDL
Wissenserwerb unter konstruktivistischer Perspektive
- 889 ROLF DUBS
Konstruktivismus: Einige Überlegungen aus der Sicht
der Unterrichtsgestaltung
- 905 REINDERS DUIT
Zur Rolle der konstruktivistischen Sichtweise in
der naturwissenschaftsdidaktischen Lehr- und Lernforschung
- 925 HERBERT KALTHOFF
Die Erzeugung von Wissen. Zur Fabrikation von Antworten
im Schulunterricht

Thema: Bildungspolitische Orientierung nach 1945 in SBZ und DDR

- 943 PETRA GRUNER
„Nun dachte ich, jetzt fängt's neu an, nun soll's sozial werden ...“
Zur Kritik des Neulehrermythos
- 959 MICHAEL C. SCHNEIDER
Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Traditionen
und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-
Fakultäten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1952

Diskussion

- 987 SIGRID LUCHTENBERG
Multikulturalität als Grundlage von Bildung und Erziehung:
der australische Ansatz

Besprechungen

- 1009 HORST RUMPF
Hartmut von Hentig: Die Schule neu denken.
Eine Übung in praktischer Vernunft
- 1012 GISELA MILLER-KIPP
Norbert Seibert/Helmut J. Serve (Hrsg.): Bildung und Erziehung an
der Schwelle zum dritten Jahrtausend. Multidisziplinäre Aspekte,
Analysen, Positionen, Perspektiven
Volker Lenhart: „Bildung für alle“. Zur Bildungskrise in der
Dritten Welt
Heinz-Elmar Tenorth: „Alle alles zu lehren“. Möglichkeiten und
Perspektiven allgemeiner Bildung
- 1016 JÜRGEN DIEDERICH
Friedrich W. Kron: Grundwissen Didaktik
- 1020 KÄTE MEYER-DRAWE
Christoph Wulf (Hrsg.): Einführung in die pädagogische
Anthropologie

Dokumentation

- 1025 Pädagogische Neuerscheinungen

Content

.

Essay

- 853 FRANK-OLAF RADTKE
Intercultural Education – The dangers of a pedagogically bisected anti-racism

Topic: The Construction of Knowledge

- 867 JOCHEN GERSTENMAIER/HEINZ MANDL
The Acquisition of Knowledge From a Constructivist Perspective
- 889 ROLF DUBS
Constructivism – Reflections from the perspective of the organization of instruction
- 905 REINDERS DUIT
On the Role of the Constructivist Perspective in Didactic Research on Science Instruction
- 925 HERBERT KALTHOFF
The Production of Knowledge – On the fabrication of answers in the classroom

Topic: The Educational-Political Orientation In the Soviet-Occupied Zone and GDR After 1945

- 943 PETRA GRUNER
The Myth of the New Teacher
- 959 MICHAEL C. SCHNEIDER
Equality of Opportunity or Selection of an Elite? On the intentions, traditions, and the change of Preparatory Studies and the Workers and Farmers Faculties in the Soviet-occupied zone/GDR between 1945 and 1952

Discussion

- 987 SIGRID LUCHTENBERG
The Concept of the Multicultural Society – A Basis for Education and Instruction. The Australian approach

Book Reviews

1009

Documentation

- 1025 Recent Pedagogical Publications

Chancengleichheit oder Kaderauslese?

*Zu Intentionen, Traditionen und Wandel der Vorstudienanstalten
und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR
zwischen 1945 und 1952¹*

Zusammenfassung

Der Aufsatz behandelt Motive, Erwartungen, Absichten und Ziele, die Bildungspolitiker der SBZ und frühen DDR mit den Vorstudienanstalten, seit 1949 mit den „Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten“, verbunden haben. Wesentliches Ergebnis ist zum einen, daß sich die Gründung der Vorstudienanstalten nicht, wie oft vermutet, auf ein sowjetisches Vorbild zurückführen läßt, sich aber auch in der Weimarer Republik keine direkten institutionellen Vorläufer finden lassen. Andererseits lassen sich Parallelen zu bildungspolitischen Forderungen aufweisen, die die deutsche Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit erhoben hat. Die frühe Eroberung der Universitäten durch den Nationalsozialismus war einer der wesentlichen Beweggründe, mit Hilfe der Vorstudienanstalten und ABF mit jungen Arbeitern und Bauern vermehrt andere Sozialgruppen auf die Universitäten zu bringen. Diese Umstände erlauben es nicht, die Gründung der Vorstudienanstalten primär als Niederschlag genuin kommunistischer Bildungspolitik zu verstehen. Erst seit Ende der vierziger Jahre dominierte das Ziel, eine systemloyale akademische Elite für den sozialistischen Aufbau heranzuziehen.

Die Hochschulpolitik in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945/46 war von zwei drängenden Problemen geprägt: der Entnazifizierung der Hochschullehrerschaft (vgl. FEIGE 1994, 1992, S. 1173–1175) sowie der Auswahl künftiger Studierender (zur Hochschulpolitik generell vgl. auch RICHERT 1967, bes. S. 10–76). Beim zweiten Problemfeld, der Zulassungspolitik gegenüber Studienbewerbern, verschmolzen mehrere Komponenten zu einem analytisch nur schwer zu trennenden Konglomerat: Kam es den Bildungspolitikern zunächst darauf an, nationalsozialistisch belastete Studienbewerber von den Universitäten fernzuhalten, so verband sich dieses Ziel rasch mit jenem, die als Unsicherheitsfaktor eingestuften Sozialgruppen an den Universitäten zu reduzieren und, dazu komplementär, den Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern zu erhöhen. Über eine Privilegierung dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber Kindern aus ‚bürgerlichen‘ und deshalb in den Augen der SED potentiell illoyalen Elternhäusern sollte längerfristig eine qua Klassenherkunft systemloyale akademische Elite herangebildet wer-

1 Der Beitrag basiert auf meiner Magisterarbeit, die im Februar 1995 an der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht worden ist. Bei den unveröffentlichten Quellen habe ich mich auf die Berliner Archive (Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP); Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch); Humboldt-Universitätsarchiv (HUArch)) beschränkt, so daß die Ergebnisse für die Länderebene der SBZ/DDR unter dem Vorbehalt der Auswertung der entsprechenden Landes- und Universitätsarchive stehen müssen.

den (vgl. z. B. GEISSLER 1992, S. 226–230). Auch die Mitgliedschaft in KPD und SED wurde bei der Zulassung deutlich erkennbar prämiert, wobei das genaue Ausmaß dieser Bevorzugung derzeit noch nicht abzuschätzen ist.²

Die wichtigsten Institutionen, die junge Arbeiter und Bauern rasch mit der für ein Universitätsstudium nötigen Bildung versehen sollten, waren seit 1945/46 die unter verschiedenen Bezeichnungen firmierenden „Vorstudienanstalten“ (VA), seit 1949 die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ (ABF). In den Jahren ihres Bestehens zwischen 1949 und 1963³ haben etwa 35 000 Personen hier ihre Hochschulreife erlangt (Die Angaben differieren; präzise Gesamtzahlen haben sich bisher nicht ermitteln lassen. Vgl. LAMMEL 1986, S. 317; STALLMANN 1980, S. 298). Beide Einrichtungen übten mit der Vermittlung der Hochschulreife eine Funktion des sekundären Sektors des Bildungswesens aus. Daß sie dennoch den Universitäten, und damit dem tertiären Bereich zugeordnet waren, unterstreicht auch in dieser formalen Hinsicht ihre Singularität in der deutschen Bildungsgeschichte.

In der DDR sind VA und ABF seit den fünfziger Jahren immer wieder Gegenstand von Qualifizierungsarbeiten gewesen (vgl. die Auswahlbibliographie von LAMMEL 1989). Freilich sind diese Arbeiten unter den spezifischen Wissenschaftsbedingungen dieses Staates entstanden und konnten den rigiden ideologischen Vorgaben in nur begrenztem Ausmaß valide und überprüfbare Ergebnisse abgewinnen.⁴ Mit dem Zusammenbruch der DDR und der Öffnung ihrer Archive ergibt sich jetzt die Chance, diese Institution auf ihre Entstehungsbedingungen, die mit ihr verbundenen Absichten, ihre organisatorische Umsetzung und nicht zuletzt ihre Auswirkungen auf die Sozialstruktur der DDR hin neu zu befragen. Im Zentrum dieses Aufsatzes steht die Frage nach Motiven, Absichten, Erwartungen und Zielen, kurz: nach den Intentionen, die Bildungspolitiker der SBZ und der DDR zwischen 1945 und Anfang der fünfziger Jahre mit Vorstudienanstalten und ABF verbunden haben.

Mehrere Intentionen der VA/ABF-Politik sind unterscheidbar: einmal jene, die Auswirkungen der nationalsozialistischen Bildungspolitik, soweit sie Juden oder Kommunisten den Erwerb der Hochschulreife verwehrt hatte, wieder gutzumachen (zur rassistischen Diskriminierung jüdischer Schüler und Schülerinnen im NS-Deutschland vgl. ZYMEK 1989, S. 199f.) Diesen Begriff der „Wiedergutmachung“ weiteten die Bildungsverwaltungen der SBZ dann rasch von Individuen auf ganze Sozialgruppen aus, auf die marxistisch als Klassen

2 Vgl. den Protest der Berliner Landesverbände der CDU, LDP und SPD gegen die „einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkte“ der Zulassung zum Studium an der Berliner Universität v. 8. 10. 1946 (Abschrift), SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/457, Bl. 1. Auch ANTON ACKERMANN räumte 1949 ein, bei der Zulassung zum Studium bislang „im großen und ganzen nach dem Parteibuch“ geurteilt zu haben. Vgl. „Stenographische Niederschrift des Referats des Genossen ANTON ACKERMANN auf der Arbeitstagung über die Frage der Auswahl und Zulassung zum Hochschulstudium“ v. 6. 5. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 31–49, hier Bl. 32.

3 Nicht berücksichtigt sind hier die ABF in Halle und Freiberg, die 1963 nicht aufgelöst wurden.

4 Noch am ehesten ist dies HANS-HENDRIK KASPER in seiner Dissertation (1979) gelungen. Die Arbeiten aus der Bundesrepublik (v. a. STALLMANN 1980, 1981) basierten auf den Ergebnissen solcher Untersuchungen und mußten sich bei den Quellen auf veröffentlichtes Material beschränken.

verstandenen Arbeiter- und Bauernschichten. Mit deren forcierter Gegenprivilegierung (Begriff entlehnt von GEISLER 1992, S. 228) erhofften sie zugleich, eine „Demokratisierung“ der von traditionellen Eliten geprägten Universitäten, eine „Brechung des reaktionären Bildungsprivilegs“⁵ einzuleiten. Ende der vierziger Jahre haben dann zunehmend auch Elemente kommunistischer Kaderbildung Eingang in das Auswahlverfahren zu den VA/ABF und in ihre Bildungsziele gefunden.

Nach den Intentionen zu fragen, das bedeutet auch, mögliche institutionelle Vorbilder oder Vorläufer in der Sowjetunion wie in der Weimarer Republik in den Blick zu nehmen. Für die nachholende Abiturausbildung sind sowjetische institutionelle Vorbilder häufig mehr postuliert als bewiesen worden; die Frage nach Traditionssträngen aus der Weimarer Republik ist an dieses Thema nur selten gerichtet worden.⁶ Diese Untersuchung soll somit auch zu einer Antwort auf die Frage beitragen, ob die DDR eher ein ‚importiertes System‘ war, ob somit das Modell einer „Sowjetisierung“ der SBZ auch für diese Institutionen zutrifft, oder ob (und wenn ja: in welchem Maße) Politiker der SBZ/DDR in ihrem Glauben an die gesellschaftsverändernde Kraft von Bildungspolitik an autochthone Traditionsstränge der beiden deutschen Arbeiterparteien angeknüpft haben.

1. Die Gründung der Vorstudienanstalten um die Jahreswende 1945/46

Mit ihrer gegenprivilegierenden Zulassung von zuvor deprivilegierten Sozialgruppen stand die Hochschulpolitik insofern in unmittelbarer Analogie zu den schulpolitischen Reformen, als sie ebenfalls einen Anstieg des Anteils von Arbeiter- und Bauernkindern in ihrer Klientel zu erreichen suchte (zu den Zielen der Schulreform von 1946 vgl. MENDE 1970, S. 11–23; HEARNDEN 1977, S. 21–28). Mit ihrer Bereitschaft, auf der Basis des Befehls Nr. 50 der SMAD⁷ auch Studienbewerber ohne Reifeprüfung zuzulassen, nachdem ihre Eignung durch eine nur zum Teil aus Universitätsmitgliedern bestehende Kommission festgestellt worden war, entfernte sich die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) zunächst deutlich von der deutschen Bildungstradition. Denn ihre „Grundlegende[n] Hinweise über die Zulassung zum Studium an Universitäten und Hochschulen“, die sich auf den SMAD-Befehl stützten, hoben am 8. Dezember 1945 das Monopol der höheren Schulen, die Hochschulzugangsberechtigung zu verleihen, auf.⁸ Diese Verordnung unterschied

5 So ACKERMANN in Notizen zu seiner Rede auf einer „Tagung der SED-Professoren am 13. 9. 47 in Berlin“, SAPMO-BArch, ZPA, NL 109/17, hier Bl. 66. Zur Unterrepräsentanz von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten vgl. KAEUBLE 1975.

6 In marxistisch-leninistischer Perspektive und im Bestreben, die DDR-Geschichte als Fortsetzung positiver Ansätze der Weimarer Republik zu interpretieren, ansatzweise: KASPER 1979, S. 56–69.

7 Vgl. Befehl Nr. 50 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts v. 4. 9. 1945, in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ... (Hrsg.): Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 144 f.

8 Vgl. den Text dieser Richtlinien in: Berlin. Quellen und Dokumente, S. 556–558.

nicht deutlich zwischen jenen Bewerbern, denen vom NS-Regime etwa wegen unterstellter politischer Unzuverlässigkeit der Zugang zur Hochschulreife verweigert worden war, und Kindern von Arbeitern und Bauern, deren Fernbleiben von den Universitäten nicht primär der nationalsozialistischen Bildungspolitik zuzuschreiben war, sondern in älteren, bürgerliche Schichten privilegierenden Traditionen der deutschen Bildungsgeschichte begründet lag.⁹

Um die Defizite in der Allgemeinbildung dieser Studierenden auszugleichen, hatten sie beispielsweise an der Berliner Universität seit September 1945 zweimonatige Unterrichtskurse zu besuchen. Diese „Vorkurse“ richteten sich jedoch nicht nur an ohne Hochschulreife immatrikulierte Arbeiter, sondern auch an jene Oberschulabsolventen, die ihr Abitur vor Kriegsende, unter den Bedingungen der Katastrophengesellschaft (Begriff entlehnt von RUSINEK 1994, S. 296), erworben hatten und deren Vorbildung für ein Universitätsstudium nicht ausreichte. Außerdem dispensierte die außerreguläre Aufnahme die Studenten ohne Hochschulreife nicht von der Pflicht, sie nachträglich, während des Studiums, abzulegen.¹⁰

Bereits am 29. November 1945 begann an der Jenenser Universität der Unterricht einer „Vorstudienschule“, deren Lehrangebot sich sowohl an Inhaber von Notabitur und Reifevermerken wie auch an Volksschulabsolventen aus Arbeiterschichten richtete. Beide Gruppen sollten nach unterschiedlich langer Kursdauer von bis zu zwei Jahren die Berechtigung zum Studium erreichen (zum Gründungsvorgang KASPER 1979, S. 56–60). Junge Arbeiter ohne weitere Vorbereitung forciert auf die Universitäten zu senden, war 1945/46 Ziel der sächsischen Landesverwaltung: Deren Vertreter, HELMUT HÄNTZSCHE, wandte sich auf einer Besprechung mit Universitäts- und SMAD-Vertretern am 30. Januar 1946 entschieden gegen den Vorschlag des Prorektors der Leipziger Universität, „die Arbeiter, die noch keine formale schulische Vorbildung haben, nur als Hörer außerhalb des Kontingents teilnehmen zu lassen“, denn es sei, so HÄNTZSCHE, „für uns politisch wichtig . . ., die Beteiligung der bürgerlichen Intelligenz im Gesamtkontingent herabzudrücken“. ¹¹ Einen Tag später mußte er sich indessen vom Chef der Volksbildungsabteilung der SMAD und ehemaligen Rektor der Leningrader Universität, PJOTR W. SOLOTUCHIN, sagen lassen, „daß es unmöglich sei, aus propagandistischen Gründen gegenüber dem Westen von dem internationalen Brauch der Vorbildung für das Universitätsstudium in der sowjetischen Zone abzuweichen. Die SMA lege Wert darauf, daß an diesem Standpunkt festgehalten werde, da allein schon im Westen [sic] die Neulehrerbildung und der Herauswurf der alten PG.-Volksschullehrer propagandistisch gegen die Sowjetunion und die KPD ausgewertet werde.“ Zudem könne er „sich dazu selbst nicht vorstellen, wie ein Arbeiter mit Volksschulbildung ein Studium ergreifen könne“ – hier argumentierte SOLO-

9 Vgl. hierzu Punkt III.3. der „Grundlegende[n] Hinweise“, ebd., S. 557.

10 Vgl. Rektor der Universität Berlin: Übergangsbestimmungen für Studenten ohne Hochschulreife v. 5. 1. 1948, HUAch, Rektorat, 474, Bl. 109/10; „Zwischenbericht über die Vorkurse Universität Berlin [sic] im September/Okttober 1945“ v. Januar 1946, HUAch, Rektorat, 474, Bl. 29–69.

11 Bericht HÄNTZSCHES [unbekannter Adressat, d. Verf.] über mehrere Besprechungen am 30. 1. u. 1. 2. 1946 v. 2. 2. 1946, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/697, Bl. 19–24, Zitat Bl. 19/20.

TUCHIN eher als Hochschullehrer denn als Vertreter der Besatzungsmacht. HÄNTZSCHES Einwand, es handele sich um Arbeiter, die sich das nötige Wissen durch Selbststudium angeeignet hätten, verschlug nichts: SOLOTUCHIN ließ nicht vom Erfordernis einer Vorbildung ab und bemerkte, man stehe „von der KPD aus den kulturellen Dingen sehr fremd gegenüber.“¹² Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß diese Äußerung zwei Tage vor Eröffnung der „Ersten Zentralen Kulturtagung“ der KPD in Berlin fiel.

Die Leipziger Universitätsleitung, die einem revolutionärem Studium von Arbeitern ohne Hochschulreife diesem Bericht nach sehr distanziert gegenüberstand, nutzte in den Augen HÄNTZSCHES die Haltung der SMAD-Volksbildungsabteilung, um sich dem Vorhaben der KPD zu versagen: Der Rektor der Universität, der Philosoph GADAMER, versicherte HÄNTZSCHE am Tag darauf („in einer sehr kulanten Weise“), „daß die Universität Leipzig dem Arbeiterstudium durchaus positiv gegenüberstehe. Wenn bisher zur Verwirklichung noch Hemmnisse bestanden, wäre das darauf zurückzuführen, daß die Russen ja sehr stark an einer Vorbildung festhalten.“¹³ Die sächsische Landesverwaltung richtete dann seit Februar 1946 entsprechende halbjährliche Vorkurse in sechs sächsischen Städten ein, wobei die Kursteilnehmer zunächst parallel zur Ausbildung mit 30 Stunden in ihren Betrieben beschäftigt bleiben sollten.¹⁴

Festzuhalten sind hier drei Dinge. Einmal fällt auf, daß SOLOTUCHIN diesem Bericht zufolge nicht auf sowjetische Bildungseinrichtungen als Vorbild zurückgriff, um seine Position zu untermauern. Zum anderen läßt sich, in einiger Zuspitzung, die auf den ersten Blick revolutionäre Bildungssituation „Vorstudienanstalt“ als institutionalisierter Versuch der SMAD interpretieren, den revolutionären Elan der KPD zu dämpfen. Denn mit den Vorstudienanstalten war zwar tatsächlich das Monopol der Oberschule auf Verleihung der Hochschulzugangsberechtigung gebrochen, das Monopol der Allgemeinbildung als traditioneller Basis für diese Berechtigung aber blieb – wenigstens dem Prinzip nach – aufrechterhalten. Drittens überrascht, daß zumindest in Sachsen die Vorstudienanstalten nicht, wie man meinen könnte, in Konfrontation zur Bildungspolitik in den Westzonen eingerichtet worden sind, sondern offenbar auch aus deutschlandpolitisch motivierter Rücksichtnahme auf die Stimmung in Westdeutschland.

Wenige Monate nach Eröffnung der Berliner Universität am 20. Januar 1946 und nach der Kulturkonferenz der KPD Anfang Februar gründete die DVV am 20. Mai 1946 eine Vorstudienanstalt in Berlin. Diese Einrichtung sollte solchen Studienbewerbern im Alter zwischen 18 und 30 Jahren ein Äquivalent zur Hochschulreife vermitteln, die nachweisen konnten, daß sie „unter dem faschistischen Regime“ aus „politischen, rassischen oder sozialen Gründen“ daran gehindert worden waren, „eine zum Hochschulstudium befähigende

¹² Ebd., Bl. 21.

¹³ Ebd., Bl. 22.

¹⁴ Vgl. „Verordnung über die Errichtung von Vorbereitungskursen für das Studium an den Hochschulen“ der Landesverwaltung Sachsen v. 12. 2. 1946, in: LAMMEL 1987, S. 56–58. Vgl. auch das Rundschreiben der KPD/Bezirksleitung Sachsen/Abt. Agitprop an alle Kreisleitungen der KPD v. 8. 2. 1946, das zur Mobilisierung von Genossen für diese Kurse aufruft. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/697, Bl. 9–12.

Vorbildung“ zu erlangen. Formale Voraussetzung für eine Aufnahme war eine Vorbildung zwischen Volksschulabschluß und Mittlerer Reife. Wegen der unterschiedlichen Vorkenntnisse der Kursteilnehmer wurde der Unterricht in zwei „Abteilungen“ abgehalten, einer für Volksschüler und einer für Inhaber der Mittleren Reife. Die Unterrichtsschwerpunkte waren, je nach geplantem Studienfach, in einen geisteswissenschaftlichen und einen naturwissenschaftlichen Zweig unterschieden.¹⁵

Die Lehrpläne der VA in der SBZ sollten sich auf jene der Oberschulen stützen; so legten es detailliertere Richtlinien fest, die der Leiter der Berliner VA, RUDOLF BROCK, vermutlich im Auftrag der DVV, ausgearbeitet hat.¹⁶ Wenn sich diese Lehrpläne auch inhaltlich auf „das Wesentliche“¹⁷ beschränken sollten, so ist dennoch der Anspruch unverkennbar, eine der Oberschule vergleichbare Allgemeinbildung zu vermitteln. Die kurze Ausbildungsdauer von zunächst wenigen Monaten, dann, seit Ende 1947, zwischen einem und zwei Jahren, erschwerte es den VA jedoch besonders in den ersten Jahren, diesen Anspruch aufrechtzuerhalten. Insbesondere bei jenen Hörern, deren Volksschulbildung schon länger zurücklag, bedurfte es einiger Anpassungen der Lehrinhalte, schon um das verschüttete Basiswissen wieder freizulegen.¹⁸ Aber trotz der Konzentration auf Unterrichtsfächer, die mit dem späteren Studienfach eine Verbindung aufwiesen, wichen die Volksbildungsminister nicht vom Monopol der Allgemeinbildung als Voraussetzung für den Hochschulzugang ab: Sie erklärten Ende 1947 neben den spezialisierenden Fächern einen „Kernunterricht in allen anderen Fächern“ als für alle Kursteilnehmer verbindlich.¹⁹

Zwischen den vorhin erwähnten Vorkursen (später: Förderkursen) für Inhaber mit Reifevermerk oder Notabitur, und der Berliner Vorstudienanstalt bestand, soweit die Quellen das erkennen lassen, keine direkte Verbindung. Mindestens bis 1948 existierten beide Institutionen parallel.²⁰ Die entscheidenden Unterschiede bestanden erstens in der an der Vorstudienanstalt wesentlich längeren Ausbildungsdauer, sodann in dem Umstand, daß die Hörer der VA, anders als die der Förderkurse, nicht immatrikuliert waren, und schließlich darin, daß ihnen untersagt war, parallel zur Vorstudienausbildung

15 Vgl. Anweisung über die Durchführung der Prüfungen zur Aufnahme in die Vorstudienanstalt v. 3. 9. 1946, BAP, R2, 648, Bl. 29–31r.

16 Vgl. BROCK: Entwurf einer Anweisung über die Errichtung und Gestaltung von Vorstudienanstalten in der sowjetischen Besatzungszone v. 12. 12. 1946, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/465, Bl. 6–10.

17 Ebd., Bl. 8.

18 Vgl. PILZ (Hauptreferentin im Ministerium für Volksbildung): „Bericht über die Erfüllung des Punktes 11 der Kulturverordnung vom 31. März 1949“ v. 18. 1. 1950, BAP, R3, 430, nicht paginiert, S. 1–7, hier S. 2f.

19 Vgl. Richtlinien für die Vorstudien Schulen [dort handschr. verbessert: „abtlg.“, d. Verf.] der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands [handschr.: 2. 12. 1947], BAP, R3, 455, nicht paginiert. Diesen Punkt der Richtlinien nahm die Konferenz der Volksbildungsminister im Dezember 1947 als für ihre Länder verbindlich an. Vgl. Protokoll der Ministerkonferenz v. 2.–4. 12. 1947, BAP, R2, 58, Bl. 37.

20 Vgl. Rektor der Universität Berlin: Übergangsbestimmungen für Studenten ohne Hochschulreife v. 5. 1. 1948, HUArch, Rektorat, 474, Bl. 109f. Zum Verhältnis Vorkurse – Vorstudienanstalt extrem unzuverlässig: LÖNNENDONKER 1988, S. 129–133.

Vorlesungen an der Universität zu hören.²¹ Möglicherweise waren die Zielgruppen aber auch nur in Berlin derart scharf voneinander getrennt, die wenig einheitliche Situation an den Universitäten der SBZ darf dabei nicht aus dem Auge verloren werden.

Wie lassen sich die Absichten bewerten, die die Bildungspolitiker mit den Vorstudienanstalten in den ersten zwei bis drei Jahren seit ihrer Gründung verbanden? Welche Erwartungen knüpften sie an das Ziel, Arbeiter, Bauern und deren Kinder in erheblicher Anzahl möglichst rasch auf die Hochschulen zu bringen? War damit von Anbeginn vorwiegend an die Ausbildung einer neuen, einer sozialistischen Elite gedacht? Oder spielten auch andere, kurzfristige Erwartungen eine Rolle? Um diese Fragen zu beantworten, ist es zunächst nötig, den Begriff der „Demokratisierung“ näher zu betrachten, der in den ersten Jahren des Bestehens der Vorstudienanstalten im Mittelpunkt der hochschulpolitischen Diskussionen stand.

Begegnet einem dieser Begriff in Quellen der sowjetischen Besatzungszone, so stellt sich instinktiv Mißtrauen ein, schon weil sich WOLFGANG LEONHARDS Überlieferung eines ULBRICHT-Diktums tief in das kollektive Bewußtsein zumindest der Historiker eingefräst hat: „Es ist doch ganz klar: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“²² Oder man erinnert sich an die Definition ACKERMANNs, der 1946 der Frage nach einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ nachgegangen war und dessen Chancen für das besetzte Deutschland abgewogen hatte. In diesem Zusammenhang hatte er eine zu errichtende demokratische Republik als ein bloßes Stadium des Übergangs zu einer sozialistisch verfaßten Gesellschaftsordnung aufgefaßt (vgl. ACKERMANN 1946, passim). Dieses Verständnis von „bürgerlicher Demokratie“ oder „demokratisch“ entsprach dem revolutionstheoretischen Gesamtkonzept marxistisch-leninistischer Observanz.

Wenn hingegen in schul- oder hochschulpolitischen Diskussionszusammenhängen, und hier insbesondere bei den Vorstudienanstalten bis etwa 1947/48 von „Demokratisierung“ die Rede war, so war damit vorwiegend das Ziel gemeint, die Sozialstruktur der Universitäten und Hochschulen jener der Gesamtgesellschaft anzugleichen. Deutlich ist dieser Zusammenhang z. B. in einer Anweisung zur Durchführung des Aufnahmeverfahrens, in der der Leiter der Berliner VA, BROCK, im September 1946 von einer „echten, sozialen Demokratisierung der Hochschule“ als der „Bestimmung der Vorstudienanstalt“ spricht.²³ Zu erreichen, „daß die Struktur unseres Volkes und der Studentenschaft einander entsprechen, daß unsere Hochschulen endlich zu Hochschulen des Volkes werden“,²⁴ war ein Ziel. Von diesem kaum zu trennen war ein zweites: Der Präsident der DVV, PAUL WANDEL, ließ im August 1946 erken-

21 Vgl. BROCK: Entwurf einer Anweisung über die Errichtung und Gestaltung von Vorstudienanstalten in der Sowjetischen Besatzungszone v. 12. 12. 1946, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/465, Bl. 6–10, hier Bl. 7.

22 Dies soll WALTER ULBRICHT im Sommer 1945 im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Berliner Bezirksverwaltungen geäußert haben. Vgl. LEONHARD 1955, S. 357 f.

23 Anweisung über die Durchführung der Prüfungen zur Aufnahme in die Vorstudienanstalt v. 3. 9. 1946, BAP, R2, 648, Bl. 29–31r, Zitat Bl. 29.

24 Dokument [dem Duktus nach ein Konzept für eine Rede WANDELs, d. Verf.] v. 23. 8. 1946, BAP, R3, 456, nicht paginiert.

nen, daß auch jene Hörer der VA, denen das Abitur während des NS-Regimes aus politischen Gründen vorenthalten worden war, nicht so sehr um einer individuellen Wiedergutmachung willen zugelassen worden waren, sondern als Garanten „für eine fortschrittliche Entwicklung unserer Studentenschaft“.²⁵

Die DVV und die Berliner Vorstudienanstalt verknüpften somit, wenn sie von „Demokratisierung“ der Studentenschaft sprachen, beide Komponenten: einmal die Herstellung einer Sozialstruktur der Studierenden, die sich mit jener der Bevölkerung deckte; zum anderen richteten sie auf jene Studenten, die einer marxistisch definierten Arbeiterschaft entstammten, die Erwartung, sie böten am ehesten Gewähr, für das Regime gefährliche Entwicklungen zu verhindern.²⁶

Vom Prinzip her deckte sich diese Erwartung mit jener, die der Schulreform in der SBZ zugrundelag, die sich in ihrem Ziel, die Sozialstruktur der Schülerschaft zu ändern, ebenfalls am Proportionalitätsmodell orientierte.²⁷ Diese Zielidentität brachte es mit sich, daß 1946 Bildungspolitiker der SBZ die Vorstudienanstalten aufzulösen planten, sobald diese Aufgabe der Schulreform erfüllt sei. So bezeichnete etwa der sächsische Minister für Volksbildung, WILHELM SCHNELLER, auf einer der regelmäßigen Zusammenkünfte der Volksbildungsminister der SBZ im Dezember 1946 die Vorstudienanstalten als eine „Übergangslösung, die in 2–3 Jahren erledigt ist“.²⁸ Ganz ähnlich argumentierte Anfang 1947 ein Abgeordneter der SED im Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt: „Selbstverständlich steht auch die SED auf dem Standpunkt, daß die Vorsemester nur eine vorübergehende Erscheinung sein können. Mit dem Laufe der Einheitsschule [sic] ergibt es sich, daß diese Einrichtung von selbst abnimmt.“²⁹ Somit hatten die VA zunächst vorwiegend eine Überbrückungsfunktion auszuüben.

Die positive Gegenprivilegierung von Arbeiter- und Bauernkindern über Vorstudienanstalten und Schulpolitik war indes nur eine Maßnahme, die ihren Gegenpart in der negativen Privilegierung ‚bürgerlicher‘ Studienbewerber mit Hilfe einer restriktiven Zulassungspolitik besaß. Im Extremfall konnte die partiell nachgerade paranoide Furcht vor diesen Studenten auch in willkürliche Verhaftungen, mehrjährige Haft und politischen Mord münden (vgl. KRÖNIG/MÜLLER 1994, S. 225–350).

Sucht man nach Vorläufern zur VA/ABF-Politik, so bieten sich zwei Richtungen an. Einmal läßt sich nach konkreten Vorbildern für die Vorstudienanstalten fragen, die Bildungspolitiker der SBZ in der Weimarer Republik gefunden haben könnten. Sodann muß man sich, wie bei vielen Phänomenen der SBZ/DDR, mit der Frage auseinandersetzen, ob hier eine Institution der

25 Ebd.

26 Vgl. z. B. BROCK, Aktennotiz v. 15. 1. 1947, BAP, R2, 1454, Bl. 13–16, bes. Bl. 15.

27 Vgl. hierzu HÄDER 1994, S. 170–174; Manuskript zu ACKERMANNs Beitrag auf der gemeinsam von KPD und SPD veranstalteten Schulkonferenz am 4. 11. 1945, SAPMO-BArch, ZPA, NL 109/11, bes. Bl. 36–45; SCHNELLER 1955, S. 43–45.

28 Protokoll zur Konferenz der Minister für Volksbildung der Länder und Provinzen der SBZ v. 19. 12. 1946, BAP, R2, 51, Bl. 46.

29 Redebeitrag HEINEMANN (SED), Zwölfte Sitzung des Landtages der Provinz Sachsen-Anhalt am 22. 3. 1947, in: Akten und Verhandlungen des Landtags der Provinz Sachsen-Anhalt, S. 229.

Sowjetunion übernommen worden ist, ob die Vorstudienanstalten damit im Kontext einer „Sowjetisierung“ der SBZ zu interpretieren sind. Darüber hinaus scheint es sinnvoll, nach dem möglichen Einfluß der Erfahrungen aus Weimarer Republik und NS, aus Exil und Widerstand auf diesen Zweig der Hochschulpolitik der SBZ/DDR zu fragen.

2. Vorbilder, Kontinuitäten, Erfahrungen?

Der Topos, die Gründung der Vorstudienanstalten und ABF sei unmittelbar auf ein sowjetisches Vorbild zurückzuführen, hält sich in Teilen der Literatur hartnäckig (für die Westliteratur: STALLMANN 1981, S. 272f.; 1980, S. 85 und S. 182; FISCHER 1992, S. 97. Vgl. für die DDR-Literatur: KELLER 1976, S. 97; GRABS 1974, S. 10–13). Richtig an dieser Vorstellung ist, daß tatsächlich in der RSFSR, dann in der UdSSR von 1919 bis 1940/41 „Arbeiterfakultäten“ bestanden haben. Ihre Aufgabe war es einer frühen Verordnung zufolge, angesichts der „ungenügenden Vorbereitung der proletarischen Massen für das Studium in den Mauern der Hochschule“ Arbeitern und Bauern eine nicht näher umrissene Vorbildung zukommen zu lassen.³⁰ Zwei sowjetische Institutionen sind möglicherweise in Reaktion auf diese Verordnung gegründet worden: die Swerdlow-Universität in Moskau und die Sinowjew-Universität für Arbeiter und Bauern in Petrograd. Hierbei handelte es sich jedoch nicht, wie der Name vermuten lassen könnte, um Universitäten westeuropäischen Zuschnitts, auch nicht um Vorbereitungsinstitutionen für ein Universitätsstudium, sondern eher um Parteischulen, die Arbeiter und Bauern in Kurzlehrgängen mit der Kompetenz zu versehen hatten, in der chaotischen Revolutions- und Bürgerkriegssituation nach 1917 Verwaltungsaufgaben zu bewältigen (vgl. hierzu NEWSKI/RAWITSCH 1921).

Mit dem bloßen Hinweis auf die Existenz solcher Einrichtungen in der Sowjetunion allein ist indes noch nicht nachgewiesen, daß sie den Vorstudienanstalten in der SBZ als Vorbild gedient hätten. Vielmehr sprechen mehrere Umstände dagegen, daß sich die Bildungsverwaltungen der SBZ in diesem Punkt an den sowjetischen Arbeiterfakultäten orientiert hätten. Zunächst: Mit einer Ausnahme nimmt keine Quelle vor und während des Gründungszeitraumes der VA direkt oder indirekt Bezug auf sowjetische Vorbildinstitutionen.³¹ Auch dort, wo man dies hätte erwarten können, sucht man eine solche Bezugnahme vergebens: So untermauerte SOLOTUCHIN in dem bereits erwähnten Gespräch mit HÄNTZSCHE seinen Wunsch, eine institutionalisierte Vorbildung der Arbeiterstudenten sicherzustellen, gerade nicht mit der Autorität der so-

30 Auszug der Verordnung des Volkskommissariats für das Bildungswesen vom 11. 9. 1919: „Über die Errichtung von Arbeiterfakultäten an den Universitäten“, in: ANWEILER/MEYER 1979, S. 97f.

31 Allein ein nicht präzise datierbarer [inhaltliche Gründe sprechen für ein Datum vor dem Februar 1946] „Entwurf zu einem Plan der Vorstudienausbildung für Arbeiterstudenten“ einer „Arbeitsgemeinschaft von Lehrern an der Wirtschafts-Oberschule in Leipzig“ (Leitung: ALBERT FÖRST) verglich die im Rahmen der Volkshochschulen zu schaffende Abteilung mit „der russischen Arbeiter-Fakultät“. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 2–9, Zitat Bl. 4.

wjetischen Erfahrungen.³² Auch als die Finanzabteilung der SMAD Anfang 1947 die Mittel der Berliner VA zu streichen versuchte und sie damit in ihrer Existenz gefährdete, griff WANDEL bei seiner Bitte an SOKOLOWSKIJ, die Finanzierung aufrechtzuerhalten, ebenfalls nicht auf das stärkste denkbare Argument: ein sowjetisches Vorbild, zurück.³³ Erst nach Gründung der DDR finden sich solche Bezugnahmen, etwa in einer Rede ACKERMANNs zur Eröffnung der Leipziger ABF 1950: „Inzwischen [während der zwanziger Jahre, d. Verf.] hatten wir davon erfahren, daß in Sowjetrußland, dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat, der damals dem [sic] Interventionskriegen und der Blockade aller Mächte des Kapitals ausgesetzt war, in dem damals darbenden und frierenden Sowjetland die Arbeiter- und Bauernjugend nicht nur zum Spaten oder zum Gewehr, sondern auch zum Buch gegriffen hatte und zum ersten Male in der Weltgeschichte die Begriffe Arbeiter- und Bauernstudenten, Arbeiter- und Bauernfakultäten [sic] aufgetaucht waren. Wie hat das damals bei uns gezündet!“³⁴ Diese Rede steht jedoch zu sehr in einem das System und die Besatzungsmacht legitimierenden Zusammenhang, als daß sie als ungebrochenes Zeugnis der Wahrnehmung der Sowjetunion durch ACKERMANN in der Weimarer Republik interpretiert werden dürfte. Zudem wäre auch sie kein Beleg für ein sowjetisches Vorbild der VA-Gründung, da ACKERMANN hier, soweit es bekannt ist, nicht involviert war.

Ein Verweis auf eine vermeintliche sowjetische Analogie ist jedoch auch nicht nötig, um für die Gründung der Vorstudienanstalten eine plausible Erklärung zu finden. Denn jede Bildungspolitik, die zuvor deprivilegierte soziale Schichten rasch auf die Universitäten bringen will, ohne dabei auf Ausbildungsstandards der Oberstufe zu verzichten, steht vor einer eng begrenzten Varianz von Möglichkeiten der Institutionalisierung; offen ist allenfalls, ob die in jedem Fall nötigen Kurse bei den Schulen, den Hochschulen oder Einrichtungen der Erwachsenenbildung anzusiedeln sind.

Bei der Beurteilung dieses Problems ist insgesamt zu beachten, daß das 1917 von den Sowjets übernommene zaristische Universitätssystem kaum mit dem deutschen vor 1945 gleichgesetzt werden kann. Da das zaristische wie auch das sowjetische Hochschulsystem traditionell eine stark verschulte Ausbildung ohne Forschungskomponente vermittelte, können beide Institutionen der nachholenden Arbeiterbildung, trotz eines auf den ersten Blick ähnlichen Aufgabenprofils, wegen des unterschiedlichen universitären Kontextes auch unterschiedliche Funktionen erfüllt haben (zum sowjetischen Universitätssystem vgl. MÜLLER/MÜLLER 1953, S. 18–34. Für ein abschließendes Urteil fehlt die vergleichende Forschung). Erst mit der Bezeichnung „Arbeiter- und Bauernfakultät“ seit Herbst 1949 ist wenigstens eine terminologische Bezugnahme auf die sowjetische Institution zu erkennen. Die Frage, ob mit der Einrichtung von Vorstudienanstalten der Weg einer Sowjetisierung der ostdeutschen Universitäten beschritten war, ist damit insgesamt zu verneinen.

32 Vgl. den Bericht HÄNTZSCHES über mehrere Besprechungen am 30. 1. u. 1. 2. 1946 v. 2. 2. 1946, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/697, Bl. 19–24.

33 Vgl. WANDEL an SOKOLOWSKIJ, 17. 1. 1947, BAP, R2, 1454, Bl. 12. Zu diesem Vorgang vgl. meinen demnächst im Berliner Jahrbuch für Universitätsgeschichte erscheinenden Beitrag.

34 Rede ACKERMANNs anläßlich der Eröffnung der Leipziger ABF 1950, SAPMO-BArch, ZPA, NL 109/29, Bl. 189f.

Auch die bildungspolitischen Planungen der Kommunisten in der sowjetischen Emigration sprechen nicht dafür, daß das sowjetische Hochschulsystem hier prägend gewirkt haben könnte, schon deshalb nicht, weil vorwiegend die Schulpolitik Gegenstand der Planungen war. So entwickelte ACKERMANN Ende 1944 in seiner erweiterten Fassung des „Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie“ (zu dessen Entstehung vgl. jetzt ERLER 1994, S. 89–99; GRAMS 1990, S. 49–67) detailliert die Ziele der KPD des Moskauer Exils für eine postnationalsozialistische Schulpolitik, blieb aber dahinter weit zurück, wenn er für die Hochschulen recht allgemein „Freiheit für wahrhaft wissenschaftliche Forschung und Betätigung“ sowie Stipendien, Studentenheimen und freie „Zulassung zu den Universitäten“ einforderte.³⁵ Auch die bildungspolitischen Vorstellungen, wie sie Kommunisten und Sozialdemokraten in nationalsozialistischen Konzentrationslagern und im Exil entwickelten, konzentrierten sich auf die Schulpolitik.³⁶

Wenn nun eine Vorbildfunktion sowjetischer Bildungsinstitutionen im Fall der VA nicht nachweisbar ist und sich auch keine Kontinuitätslinien zu bildungspolitischen Entwürfen des Exils und des Widerstands finden, so stellt sich die Frage nach dem Ort der Vorstudienanstalten und ABF in der deutschen Bildungs- und Universitätsgeschichte. In den Quellen finden sich allerdings, wie schon bei der Frage nach sowjetischen Vorbildern, keine direkten Bezugnahmen auf Bildungsinstitutionen der Weimarer Republik oder des Kaiserreichs. Zwar existierte schon lange vor 1933 eine ganze Reihe von Institutionen, die vom Namen her an die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ erinnern. Seit der Jahrhundertwende boten z. B. Studenten in „Arbeiterunterrichtskursen“ elementare Weiterbildung für Arbeiter an. Diese Kurse wurden seit der Jahrhundertwende in verschiedenen Universitätsstädten abgehalten und zählen zu den Vorläufern der Volkshochschulen (zum Gesamtkomplex vgl. SCHÄFER 1988; SCHOSSIG 1985; WÖRMANN 1985). Betrachtet man jedoch diese Institutionen näher, so bestand in der Zielgruppe der Arbeiter das einzige übereinstimmende Merkmal zwischen ihnen und den VA/ABF: Zu sehr war Elementarbildung das Ziel der Unterrichtskurse, an eine Vorbereitung für ein Hochschulstudium war nicht gedacht (vgl. SCHOSSIG 1985, z. B. S. 136–144). Hinzu kommt, daß eine zentrale Komponente der Intentionen, die bei der Entstehung der Unterrichtskurse eine Rolle spielten, jener der VA diametral entgegenstand: Ging es doch immer auch darum, der expandierenden Sozialdemokratie durch aufklärende Bildung der Arbeiterschaft den Boden zu entziehen.³⁷

Ob die VA/ABF an die verschiedenen betrieblichen und gewerkschaftlichen, z. T. auch universitätsnahen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Weimarer Republik angeknüpft haben, die partiell einer innergewerkschaftli-

35 Vgl. „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ – Maschinenschriftliche Abschrift des Entwurfs von ACKERMANN von Ende 1944, in: ERLER 1994, S. 290–303, hier S. 300–303. Vgl. auch FISCHER 1975, S. 116–118.

36 Vgl. den Bericht von BRUMME 1974. Diesem Bericht schließt sich an: GRAMS 1990, S. 31. Vgl. auch BRILL 1946, S. 88–102. Zu den bildungspolitischen Planungen des sozialistischen Exils vgl. LINK 1968.

37 Vgl. SCHÄFER 1988, S. 24. Den Versuch der Arbeiterunterrichtskurse, Volksgemeinschaftsideologie zu vermitteln, betont KATER 1975, S. 37; vgl. auch TITZE 1989, S. 214.

chen Elitenbildung dienten, geht aus den Quellen nicht hervor. Zwar hatte der ADGB 1928 öffentlich gefordert, die Berufspraxis von Arbeitern als Alternative zu Gymnasium und Oberschule anzuerkennen und ihnen die Universitäten zu öffnen (vgl. LEIPART/ERDMANN 1928, bes. S. 38–40; sowie REICHLING 1983, S. 97–100 u. 144–148), in den Quellen der SBZ und frühen DDR finden sich jedoch keine Bezugnahmen auf derartige Forderungen, auch nicht auf die bei der Universität Frankfurt a. M. angesiedelte „Akademie der Arbeit“, die deshalb ebenfalls als mögliches Vorbild für die VA/ABF kaum in Betracht kommt (zur „Akademie der Arbeit“ vgl. REICHLING 1983, S. 149–188).

Obschon auch die Volkshochschulen in der Weimarer Republik ihre Bildungsbemühungen zum Teil damit begründeten, daß Bildung kein Klassenprivileg sein dürfe, so überwog doch die Intention, bloße Allgemeinbildung zu vermitteln, die gerade nicht zur Berechtigung führte, ein Universitätsstudium aufzunehmen.³⁸ Dieser Umstand markiert die entscheidende Differenz zwischen den verschiedenen Traditionen der Erwachsenenbildung und der VA-Politik der SBZ. Er kann vielleicht erklären helfen, weshalb die Vorstudienanstalten in der SBZ sehr rasch nicht mehr als Teil der Erwachsenenbildung begriffen wurden.³⁹

Wenn es auch während der Weimarer Republik keine Bildungsinstitutionen gab, die den Vorstudienanstalten erkennbar als Vorbild gedient hätten, so glichen doch die bildungspolitischen Diskussionshorizonte in der Weimarer Sozialdemokratie frappierend den späteren Begründungen für die Vorstudienanstalten. Schon das Heidelberger Programm von 1925 hatte die Forderung nach „Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden“ aufgenommen, der „Vorwärts“ sah Mitte der zwanziger Jahre in der eklatanten Unterrepräsentation von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten eine Gefährdung der Republik. Forderungen nach einer Einheitsschule, in der alle Kinder möglichst lange gemeinsam unterrichtet würden, hatte die Sozialdemokratie schon lange erhoben, in ersten Ansätzen in Thüringen 1923/24 gemeinsam mit den Kommunisten auch umgesetzt (vgl. WITTWER 1980, S. 56–60, dort das Zitat; zum thüringischen Einheitsschulexperiment 1923/24 vgl. ebd., S. 217–219; OVERESCH 1992, S. 74–83). Eine Konzession an diese Einheitsschulforderungen bestand schon länger in der sogenannten „Aufbauschule“, an der besonders begabte Volksschüler nach sieben Jahren in sechs zusätzlichen Unterrichtsjahren das Abitur erlangen konnten. Diesen Schultyp beurteilten die Sozialdemokraten anfangs zwiespältig, da sie fürchteten, er könne begabte Arbeiterkinder, da es immer nur einzelne seien, mit ihrem – gleichwohl gewünschten – sozialen Aufstieg zugleich ihrer Klasse entfremden (vgl. LUNDGREEN 1981, S. 86; WITTWER 1980, S. 270f. Vgl. auch PETRAT 1976, S. 79–81).

Der Topos der „Entfremdung“ hielt sich bis in die SBZ-Bildungspolitik und diente der SED dazu, sich von der am Individuum orientierten Begabtenför-

38 Vgl. SCHÄFER 1988, S. 51. Zu den Volkshochschulen und der politischen Bildung in der Weimarer Republik vgl. insgesamt LANGEWIESCHE 1989, bes. S. 340–348.

39 Zuletzt ist m. W. eine entsprechende organisatorische Einbettung der Vorstudienanstalten Ende 1946 von PAUL WANDEL erwogen worden. Vgl. das Protokoll der Konferenz der Minister für Volksbildung am 18. und 19. Dez. 1946 v. 19. 12. 1946, BAP, R2, 51, Bl. 46.

derung der Weimarer Jahre abzusetzen.⁴⁰ Die Möglichkeit des Aufstiegs einzelner Arbeiter in eine „Arbeiteraristokratie“ hatte auch der Marxismus nicht bestritten, aber zugleich unterstellt, diese einzelnen Arbeiter würden sich schließlich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen (BEYME 1968, Sp. 121). Der sozialdemokratische Pädagoge FRITZ KARSEN war vor 1933 diesem Dilemma entwichen, indem er eine von ihm geleitete Berliner Aufbauschule seit 1921 durch Verschlinkung der Lehrpläne, Besetzung des Lehrkörpers vorwiegend mit sozialdemokratischen Pädagogen und einer gezielten Anwerbung von Proletarierkindern so abwandelte, daß der hohe Anteil an Arbeiterkindern der Forderung entsprach, ihnen als Gruppe die Hochschulreife zu vermitteln. Allerdings blieb dieses Experiment während der Weimarer Republik ein Einzelfall. Seit 1923 hatte KARSEN zudem „Arbeiterabiturienten-Kurse“ eingerichtet, deren erklärtes Ziel es gewesen sei, „den Führernachwuchs für die Arbeiterbewegung zum Besuch der Hochschulen zu befähigen“ (vgl. WITTEW 1980, S. 270–275, Zitat S. 275). Ebenfalls nicht nur individuelle Begabtenförderung, sondern Hochschulbildung für eine breite Schicht künftiger, dem demokratischen Staat loyaler Funktionäre in Verwaltung und Wirtschaft war das Ziel mehrerer sozialdemokratischer Anträge im Preußischen Landtag seit 1926: Die Partei forderte darin zur Vorbereitung der schon bestehenden universitären Begabtenprüfung „Mittel zur Unterstützung von Kursen, in denen Volksschüler nach achtjährigem Besuch der Volksschule in drei bis vier Jahren zur Erlangung der Universitätsreife ausgebildet werden“⁴¹ – eine Formulierung, die erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem intendierten Bildungsgang eines ABF-Hörers aufweist. Direkte Kontinuitätslinien sind jedoch nicht nachzuweisen. Dieser Antrag wurde nur von der KPD unterstützt und vom Landtag zunächst abgelehnt, ein ähnlicher Antrag im Jahre 1928 zwar angenommen, jedoch wegen der angespannten Haushaltslage nicht verwirklicht (WITTEW 1980, S. 274).

Wenn damit direkte inhaltliche Bezüge zwischen der Bildungspolitik der Weimarer Republik und den Vorstudienanstalten nicht nachzuweisen waren, so fällt doch die in den ersten Jahren recht hohe personelle Kontinuität solcher ehemaliger Sozialdemokraten in der Bildungsverwaltung der SBZ auf, die bereits vor 1933 pädagogisch gearbeitet haben. So hatten der Erste Vizepräsident der DVV, ERWIN MARQUARDT, ERNST WILDANGEL (Schulverwaltung des Magistrats von Berlin) bis hin zum persönlichen Referenten WANDELS, FRITZ LUDWIG, vor 1933 an der von KARSEN geleiteten Versuchsschule unterrichtet.⁴² Direkt für die Vorstudienanstalten verantwortlich war in der DVV zudem bis 1949 WILHELM HAUSER, vor 1933 Gymnasiallehrer in Baden und Sozialdemo-

40 So grenzte sich ACKERMANN in Notizen für eine Rede am 11. 10. 1947 in Jena stichwortartig von jeder individuellen Begabtenförderung ab: „Anderes Arbeiterstudium als in kapitalistischen Ländern. Einzelne Auserwählte. Entfremdet. Bürgerliche Ideologie. Besten [sic] Laskien der Bourgeoisie“, in: SAPMO-BArch, ZPA, NL 109/17, Bl. 185.

41 Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Partei (Drucksache Nr. 3386) v. 7. 5. 1926. In: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags (Anlagen zu den Sitzungsberichten), 2. Wahlperiode, Bd. 10, Berlin 1927, S. 4831.

42 Vgl. LANGE 1954, S. 37f., Anm. 50. Dort finden sich auch Hinweise auf weitere ehemalige Sozialdemokraten wie KARL LINKE oder MARIE TORHORST. Einige dieser sozialdemokratisch geprägten Pädagogen sind bis Ende der vierziger Jahre in die Westzonen bzw. die Bundesrepublik übersiedelt. Vgl. LANGE 1954, S. 37, sowie HOHLFELD 1992, S. 56.

krat, der nach 1938 nach England emigriert war.⁴³ In der u. a. für die Hochschulpolitik zuständigen Abteilung Kultur und Erziehung des SED-Parteivorstandes war um 1949 auch HERBERT BUSSE beschäftigt, der vor 1933 an einer Versuchsschule in Berlin zunächst als Lehrer, dann als Schulleiter gearbeitet hatte. Er war 1930 der KPD beigetreten und verkörperte so den kommunistischen Strang der SBZ/DDR-Bildungspolitik zurück in die Weimarer Republik.⁴⁴ In diesem Zusammenhang liegt es nahe, auch nach dem Bildungshintergrund jener Politiker und Funktionäre zu fragen, die die VA/ABF-Politik beeinflußt haben. Die Kommunisten unter ihnen, die eine KPD-Sozialisation bereits vor 1933 erfahren haben, besaßen selten eine über die achtjährige Volksschule hinausreichende Schulbildung, hatten dann aber, wie ACKERMANN, an der Moskauer Lenin-Schule studiert, oder, wie WANDEL, dort unterrichtet.⁴⁵ Als Präsident der DVV und als Mitglied des Zentralsekretariats der SED standen WANDEL und ACKERMANN zugleich an der Spitze der quasi-staatlichen und parteilichen Bildungspolitik. STEFAN HEYMAN, der um 1949 die Umwandlung der VA in ABF von der Parteivorstandsabteilung Kultur und Erziehung aus betreute,⁴⁶ hatte seine humanistische Gymnasialausbildung kurz vor dem Abitur abgebrochen, aus finanziellen Gründen, wie er schreibt.⁴⁷

Steigt man die Hierarchiestufen hinab und nähert sich jenen Personen, die die unmittelbare Verantwortung für VA und ABF trugen, so fällt deren steigender Bildungsgrad auf. WILHELM HAUSER, der in der DVV die VA-Politik bis Ende 1948 verantwortete, hatte noch während des Kaiserreichs studiert und 1907 über ein mathematisches Thema promoviert.⁴⁸ Auch RUDOLF BÖHM, der Leiter des Studentenreferates, das der Vorstudienanstalt Berlin direkt übergeordnet war, konnte auf ein 1940 abgeschlossenes Philosophiestudium verweisen.⁴⁹ Welche Fächer der für die sächsischen Vorstudienanstalten zuständige HELMUT HÄNTZSCHE studiert hat, ist nicht bekannt; sein Bericht vom Februar 1946 dokumentiert aber eine direkte Motivation, Arbeiterkinder auf

43 Vgl. den Einstellungsfragebogen der DVV zu HAUSER v. 29. 8. 1946 und seinen Lebenslauf, BAP, R2, 931, Bl. 28–30, sowie RUDOLF BÖHMS Entwurf seines Ausscheidungszeugnisses v. 24. 12. 1948, BAP, R2, 931, Bl. 43. Danach verließ HAUSER die DVV „auf eigenen Wunsch, um eine Professur für Mathematik an der Landeshochschule Potsdam zu übernehmen.“ Wenn auch offenbleiben muß, ob hier Säuberungsdruck auf ehemalige Sozialdemokraten in der Verwaltung gewirkt hat, so war HAUSERS Wechsel in die Hochschullehre auf jeden Fall typisch für den Weg von Bildungspolitikern ähnlicher biographischer Prägung. Vgl. GEISLER 1991, S. 418.

44 Vgl. seinen Lebenslauf v. 6. 1. 1947, BAP, R2, 928, Bl. 161 f. Zur kommunistischen Bildungspolitik während der Weimarer Republik liegt m. W. noch keine Untersuchung vor.

45 Vgl. die biographischen Artikel in: CZERNÝ 1992, sowie in: Führungskräfte in Staat, Politik und Gesellschaft. In: BROSZAT/WEBER 1993, S. 858 u. S. 1051. Zur Lenin-Schule vgl. BABITSCHENKO 1993; HERLEMANN 1982.

46 Dies geht aus einem Schreiben der Kulturabteilung des SED-Parteivorstandes an das Studentenreferat der DVV v. 10. 5. 1949 hervor; HEYMAN leitete demnach eine gemeinsame Kommission, die die Richtlinien zu den ABF auszuarbeiten hatte. SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 30.

47 Vgl. seinen Lebenslauf v. 26. 7. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/11/V614, nicht paginiert, S. 1.

48 Vgl. seinen Lebenslauf, o.D., BAP, R2, 931, Bl. 30.

49 Er ist erst 1945 der KPD beigetreten und war auch deutlich jünger als die meisten anderen Funktionäre. Vgl. seinen Lebenslauf v. 9. 4. 1946, BAP, R2, 929, Bl. 77.

die Universitäten zu bringen, durch Studienerfahrungen vor 1933: „Wie wichtig es ist, die soziologische [sic] Zusammensetzung der Studentenschaft in unserem Sinne zu beeinflussen, weiß ich aus Erfahrung der Studentenbewegung vor 1933. Ich selbst war ja über 3 Jahre aktiv in der Sozialistischen Studentenschaft⁵⁰ als Kreisleiter Mitteldeutschlands tätig und habe während dieser Zeit eindringlich den schweren Kampf der Arbeiterminderheit gegen die Masse der bürgerlichen Intelligenz gespürt. Unser politischer Kampf an den Hochschulen war fast aussichtslos, weil wir an den Hochschulen nur eine ganz kleine soziologische [sic] Plattform für unseren Kampf besaßen.“⁵¹

Damit lassen sich für die ersten Jahre der SBZ-Hochschulpolitik zwei Idealtypen fassen: Auf der einen Seite stehen Kommunisten ohne akademische Vorbildung, die zugleich die Spitzen der Bildungsverwaltung besetzten. Auf der anderen Seite und meist auf niedrigeren Positionen finden sich dann akademisch vorgebildete Politiker, oft ehemalige Sozialdemokraten. Die unterschiedliche Nähe beider Gruppen zu akademischen Traditionen und Eigenarten hat sich wahrscheinlich auch ausgewirkt, als die Vorstudien- und ABF-Ausbildung immer mehr Elemente der parteiinternen Kaderschulung aufnahm, ich komme darauf zurück.

Insgesamt wird deutlich, daß die Hochschulpolitik der SED im Fall der Vorstudienanstalten weder an institutionelle Vorbilder der Weimarer Republik angeknüpft hat, deren Ziel es gewesen wäre, die traditionelle Unterrepräsentanz von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten abzubauen, noch an sowjetische Vorbilder. Dennoch ist gerade die Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik in der Überlieferung der ersten zwei bis drei Jahre nach 1945 so unmittelbar spürbar, daß es naheliegt, diesen Erfahrungsraum näher zu bestimmen und daraufhin zu befragen, wie sich der Erwartungshorizont der Hochschulpolitik der SBZ und frühen DDR auf diese Vergangenheit beziehen läßt (zu diesem Begriffspaar vgl. KOSELLECK 1989). Einen solchen Erfahrungsraum zu rekonstruieren und auf die Vorstudienanstalten und ABF zu beziehen, ist zwar dadurch erschwert, daß sich in deren Quellen eine direkte Bezugnahme auf die Weimarer Republik oder den Nationalsozialismus nur selten findet. Einige Fragmente lassen sich dennoch aufweisen.

Denn was viele Hochschulpolitiker in der SBZ verband, war, unabhängig von ihrer parteipolitischen Sozialisation, ihre Wahrnehmung der Studentenschaft der Weimarer Republik als (nach den Kriterien der KPD/SED) wegen ihrer ‚bürgerlichen‘ Herkunft reaktionär, wenn nicht nationalsozialistisch. So konstatierte BÖHM im Rückblick, daß „zum Unheil für die politische Entwicklung des deutschen Volkes . . . die Kinder der werktätigen Bevölkerung, bei der die fortschrittlichen und demokratischen Traditionen in besonderem Maße ja fast allein lebendig geblieben waren, von den Hochschulen ferngehalten worden“ seien;⁵² WILHELM HAUSER betonte, „daß die Universitäten schon längst

50 Es ist unklar, ob damit die „Kommunistische Studentenfraktion“ (Kostufra) gemeint war.

51 Bericht HÄNTZSCHES über mehrere Besprechungen am 30. 1. u. 1. 2. 1946 v. 2. 2. 1946, SAP-MO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/697, Bl. 19–24, Zitat Bl. 23.

52 RUDOLF BÖHM: Zur Forderung „Werkstätige auf die Hochschulen!“, in: Tägliche Rundschau Nr. 252 v. 27. 10. 1946, S. 6.

vor der Machtergreifung HITLERS die Hochburgen des Nationalsozialismus waren“.⁵³

Daran war richtig, daß sich die Studierenden kaum in das demokratische Staatswesen der Weimarer Republik integrieren ließen und sich wie wenige andere Sozialgruppen als empfänglich für nationalsozialistische Ideologeme erwiesen. Diese Affinität hatte sich 1931 unter anderem in einer absoluten Mehrheit für nationalsozialistische Studenten in den Studentenparlamenten von 28 Hochschulen des Deutschen Reiches niedergeschlagen (TITZE 1989, S. 215f.); KATER geht so weit, für dieses Jahr „die Mehrheit der deutschen Studentenschaft als nationalsozialistisch“ zu bezeichnen (KATER 1975, S. 11).

Freilich rührte diese Nähe vieler Studenten der späten Weimarer Republik zum Nationalsozialismus nicht aus ihrer marxistisch interpretierten sozialen Herkunft her, wie dies HAUSER und BÖHM vermuteten. Ihre Erklärungsversuche, die auf dogmatisierten Bürgertumsbegriffen marxistischer Prägung basierten, griffen (und greifen) hier zu kurz. Vielmehr war für die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen die wirtschaftliche Verelendung vieler Studierender ausschlaggebend, die sich mit Ängsten vor einem beruflichen und sozialen Abstieg verband und im NSDStB auf eine Organisation traf, deren sozialrevolutionäres Pathos wie ihre sozialen Unterstützungsangebote auf eben diese Ängste antworteten (vgl. KATER 1975, S. 111–144 u. passim). Ob auf der anderen Seite die Unterrepräsentanz von Arbeiterkindern an deutschen Universitäten für deren Eroberung durch den NS mit verantwortlich war, muß hier offenbleiben. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang alleine, daß sozialdemokratische und kommunistische Bildungspolitiker nach 1945 diese Kausalzusammenhänge herstellten und diese Interpretation handlungsleitend war für die restriktive Zulassungspolitik gegenüber ‚bürgerlichen‘ Studenten einerseits sowie für die positive Gegenprivilegierung von Arbeiterkindern und damit für die Institution der Vorstudienanstalten andererseits.

Ein Vergleich der öffentlichen Argumentation mit herrschaftsinternen Begründungsstrategien zeigt, daß diese Bezugnahme auf die nationalsozialistische Vergangenheit keineswegs Bemäntelung einer insgeheim geplanten sozialistischen Bemächtigung der Universitäten war, sondern ernst zu nehmen ist – wenngleich Momente geradezu paranoider Angst vor ‚bürgerlichen‘ Studierenden nicht zu übersehen sind. In seiner Rede zur Eröffnung der Berliner Universität am 20. Januar 1946 beklagte WANDEL eine weitgehende Entfremdung des „Volkes“ von der „Universität“ und der an ihr ausgebildeten „Intelligenz“. Diese Entwicklung bezeichnete er mit deutlicher Bezugnahme auf die nationalsozialistische Machtergreifung und den Zweiten Weltkrieg als „verhängnisvoll“ und stützte darauf seine Forderung, den „fähigen Töchtern und Söhnen“ des Volkes den „Weg zur Universität“ zu öffnen. Insbesondere die „früher so stark benachteiligte Arbeiterschaft“ sei wegen ihrer besonderen Bedeutung „als größte Produktivkraft der Nation“ nicht länger von der Universität fernzuhalten. Zudem forderte er eine „klare[] Trennung von den faschistischen reaktionären Kräften, die uns ins Verderben führten“ und legi-

53 WILHELM HAUSER: Die Sozialreform der Universitäten und ihre Verwirklichung in der Sowjetzone, in: Tägliche Rundschau Nr. 167 v. 20. 7. 1947, S. 4.

timierte die Suspendierung von akademischer Freiheit wie der Selbstverwaltung der Universität mit der „Gefahr . . . , daß die demokratischen Freiheiten zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden“ (WANDEL 1955, bes. S. 15f.; Zitate S. 10 u. S. 14–16).

Wie sehr WANDEL auf die vermeintlich reaktionäre Studentenschaft fixiert war, zeigt ein direkt an den Obersten Chef der SMAD gerichteter Brief ein Jahr später, in dem er keine Rücksichten auf eine hochschulpolitisch sensibilisierte Öffentlichkeit zu nehmen brauchte: Auch in dieser internen Argumentation war für WANDEL eines „der wichtigsten Mittel zur Beseitigung faschistischen und militaristischen Geistes an den Universitäten und Hochschulen und zur Anbahnung einer wahrhaft demokratischen Neugestaltung derselben . . . die Heranziehung der Kinder der werktätigen Klassen zum Studium“.⁵⁴ Weil auch die Schülerschaft der Oberschulen einigen Volksbildungsministern etwa zur gleichen Zeit als reaktionäres und faschistisches Gefahrpotential erschien,⁵⁵ war es in den Augen der Bildungsverwaltungen dringlich, solche Personen zur Universität zuzulassen, die Systemloyalität erwarten ließen. So gehören die Vorstudienanstalten der Jahre bis etwa 1948 eher in den skizzierten hochschulpolitischen Zusammenhang, als daß sie auf eine künftige sozialistische Gesellschaftsordnung verwiesen. Dies sollte sich seit 1948 mit Macht ändern.

3. Im Auftrag der Arbeiterklasse – Kaderauslese und Kaderschulung

Etwa seit dem Jahr 1948 ist ein Wandel in der Gestalt der Vorstudienanstalten erkennbar. Seit diesem Zeitpunkt, der sich freilich nicht exakt bestimmen läßt, wurden sie zunehmend von Elementen geprägt, die sich eher der parteiinternen Kaderschulung zuordnen lassen als einer nachholenden Schulausbildung, die sich an der Oberschule orientierte. Im Kern handelt es sich um zwei Charakterzüge, die an Gepflogenheiten der kommunistischen Kaderschulung erinnern: einmal die Delegierung eines Interessenten durch den Herkunftsbetrieb an die VA/ABF; dann die Erziehung der Hörer im Internat.

Bereits im August 1947 hatte ein Beschluß des Zentralsekretariats der SED den Personalpolitischen Abteilungen der SED-Landesvorstände angekündigt, sie hätten künftig „eine intensive Arbeit zur *individuellen* Auswahl für das Arbeiterstudium und den Besuch der Vorstudienanstalten durchzuführen“.⁵⁶ Im Februar 1948 mahnte das Zentralsekretariat der SED nochmals, die Bewerber „viel kritischer als bisher“ auszulesen und hierzu „die Kandidaten . . . von den zuständigen Parteileitungen nach personalpolitischer Überprüfung“ bestätigen zu lassen.⁵⁷ Im Mai 1949 bezeichnete schließlich ACKERMANN in

54 Schreiben WANDEL an SOKOLOWSKIJ (Abschrift), 17. 1. 1947, BAP, R2, 1454, Bl. 12. Dieser Brief bezog sich auf den Entschluß der Finanzabteilung der SMAD, die Gelder für die VA nicht länger zu bewilligen. Vgl. hierzu Anm. 33.

55 Vgl. z. B. das Protokoll der „Besprechung der Minister für Volksbildung der Länder und Provinzen in Berlin am 19. Dezember 1946“, BAP, R2, 51, Bl. 37–41.

56 Vgl. Anlage Nr. 1 zur Sitzung des Zentralsekretariats v. 14. 08. 1947, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2.1/116, Bl. 3f., Zitat Bl. 4 [Hervorhebung i. Original, d. Verf.].

57 „Entschliebung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen“ v. 5. 2. 1948, in: Beschlüsse des Zentralsekretariats v. 6. 2. 1948, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2.1/170, Bl. 3–10, Zitat Bl. 7.

seiner Rede vor Parteifunktionären die Absolventen der Landesparteischulen und der Parteihochschule „KARL MARX“ als die gegebenen Kandidaten für ein Hochschulstudium, um dann zu der Forderung vorzustoßen: „genau so, wie die Partei gut ausgewählte und geprüfte Genossinnen und Genossen auf ihre Parteischulen schickt, genau so müssen auch die Bewerber und Kandidaten für die Aufnahme an den Universitäten und Hochschulen durch die Partei mobilisiert, von ihr bestimmt und überprüft werden“.⁵⁸ Freilich erbat sich ACKERMANN, von diesem „Parteiaufgebot ... in der Öffentlichkeit nicht viel oder besser gar nicht [zu] sprechen“.⁵⁹

Die Parallelisierung von Parteischulung und Hochschulausbildung, die ACKERMANN hier vornahm, läßt erkennen, wie sehr das Bildungsverständnis des Absolventen der Moskauer LENIN-Schule durch die Tradition kommunistischer Kaderschulung geprägt war.⁶⁰ Denn ein zentrales Element solcher Schulung war immer die „Delegierung“ eines Parteigenossen auf eine Stufe des Parteischulungssystems, nachdem er von der jeweils nächsthöheren Parteinstanz vorgeschlagen worden war.⁶¹ Diese Delegierung läßt sich als Ausdruck eines grundlegenden Prinzips verstehen, das auch den „Kader“ in der sozialistischen Gesellschaft beschreibt: seine vollständige Disponibilität, die ihn für jede Aufgabe – die eigene Weiterbildung als eine mögliche neben anderen – verfügbar hält (Kaderbegriff angelehnt an GLAESSNER/RUDOLPH 1978, S. 33–42).

Diese Tradition der Parteischulung ist m. E. am ehesten geeignet, das Bemühen der anwerbenden Massenorganisationen und der SED zu erklären, die bislang breitgestreute Werbung für die neue Bildungseinrichtung in Rundfunk, Kino und Presse durch gezielte Ansprache von Betriebsarbeitern abzulösen. Diese Arbeiter waren demnach vorwiegend durch ihre Kollegen an die Vorstudienanstalt, seit 1949 an die ABF, zu delegieren. Die derart komprimierte Idealvorstellung, die nicht frei von einer romantisierenden Imagination der klassenbewußten Arbeiterschaft war, schlug sich in einer Reihe von Dokumenten nieder.

1950 forderte ein Richtlinienentwurf, in den volkseigenen Betrieben, den Maschinen-Ausleih-Stationen und den volkseigenen Gütern „das System der Delegierung ... in größtem Umfange zu entwickeln“.⁶² Fortan legte besonders der FDGB – ihm oblag in dieser Zeit in erster Linie die Anwerbung von Interessenten⁶³ – Wert darauf, nicht mehr Breitenwerbung zu betreiben, sondern Betriebsdelegierungen nach individueller „Aufklärung“ über das Arbei-

58 Vgl. „Stenographische Niederschrift des Referats des Genossen ANTON ACKERMANN“ v. 6. 5. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 31–49, hier Bl. 34f., Zitat Bl. 34.

59 Ebd.

60 Vgl. Anm. 45.

61 Vgl. zum Parteischulungssystem insgesamt: SCHULTZ 1956, S. 78–101. Zum Prinzip der Delegierung nach Vorschlag vgl. ebd., S. 85f. Vgl. auch ZIMMERMANN 1994, S. 335–340.

62 Richtlinien für Auswahl und Zulassung zu den ABF 1950 [ohne Aussteller, verm. Entwurf, d. Verf.], BAP, R2, 1371, Bl. 212f., Zitat Bl. 212.

63 Zur Praxis der Anwerbung durch den FDGB vgl. meinen demnächst im Berliner Jahrbuch für Universitätsgeschichte erscheinenden Beitrag.

terstudium zu erreichen.⁶⁴ Im Extremfall war diese Delegierung, der reinen Intention nach, auch gegen den ursprünglichen Willen des ausgewählten Betriebsarbeiters durchzusetzen.⁶⁵ Diesem Prinzip der Delegierung korrespondierte die Erwartung an die Studierenden, ihr Studium an den ABF nicht als Privatsache zu verstehen, sondern als Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber – eine Auffassung, die sich seit etwa 1950 vorwiegend in Dokumenten des FDGB findet.⁶⁶ Um Verstöße gegen dieses Verpflichtungsverhältnis auch sanktionieren zu können, behielten sich die Betriebsgewerkschaftsleitungen das Recht vor, ihren ehemaligen Kollegen, sollte er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, jederzeit abberufen zu können.⁶⁷ Die an die ABF delegierten Arbeiter waren im Verständnis des FDGB-Bundesvorstands 1950 „direkte[] Mandatsträger der Arbeiterklasse“, ihre „Delegierung durch die Arbeitskollegen des Betriebes ... der schönste Lohn bisheriger Anstrengungen; ein Vertrauensbeweis, den nur die Besten sich verdienen können“.⁶⁸ Neben diesem ersten Kern kaderpolitischer Überformung findet sich in der Erziehung der Hörer in Internaten eine weitere Übereinstimmung mit Prinzipien der parteiinternen Schulung (zum Stellenwert der Internatserziehung in der Parteischulung vgl. SCHULTZ 1956, S. 82). Unmittelbar nach Kriegsende hatte der Sinn, die Studenten in Wohnheimen unterzubringen, noch darin bestanden, die durch die hohen Zulassungskontingente entstandenen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung in den zerstörten Städten zu lindern.⁶⁹ Seit etwa 1948 wurde auch das Wohnen im Internat mit dem Ziel ideologischer Erziehung aufgeladen. Das Zentralsekretariat forderte im Februar 1948 erstmals, „alles zu unternehmen, *im In-*

64 Vgl. MASCHKE/MÜLLER (Bundesvorstand des FDGB), Rundschreiben 12/50: Auswahl für die Arbeiter- und Bauernfakultäten und Zulassung zu den Universitäten und Hochschulen im Jahre 1950 v. 1. 4. 1950, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 162–166.

65 Die thüringische SED forderte 1950: „Schon jetzt sollen geeignete Kräfte von Arbeitern und Bauern, *die nicht studieren wollen*, von der gesellschaftlichen Notwendigkeit ihres Studiums überzeugt werden und für ihre materielle Sicherstellung Sorge getragen werden.“ Schreiben der Abteilung Kultur und Erziehung des Landesvorstandes der SED Thüringen an die Abteilung Kultur und Erziehung des Parteivorstandes der SED v. 27. 4. 1950, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/465, Bl. 509 [Hervorhebung v. mir, d. Verf.].

66 Vgl. z. B. das bereits erwähnte Rundschreiben Nr. 12/50 des BV des FDGB v. 1. 4. 1950: „Die Aufklärung ... muß deutlich machen, daß das Studium keine Privatsache ist, daß der Student große Verpflichtungen in der Gesellschaft zu erfüllen hat, und daß umgekehrt die Gesellschaft in jeder Weise das Studium aller demokratischen Studenten materiell sichert –: [sic] daß das Studium eine hohe gesellschaftliche Auszeichnung ist.“ SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 162–166, Zitat Bl. 164. Daß die Entsendung zum Studium vom FDGB als Auszeichnung verstanden wurde, ist ebenfalls charakteristisch für die Kaderauslese durch die SED. Vgl. hierzu die Bemerkungen von ZIMMERMANN 1994, S. 343.

67 Vgl. Broschüre des sächsischen FDGB-Landesvorstandes zum Arbeiterstudium [o. D., aus inhaltlichen Gründen auf Anfang 1949 zu datieren, d. Verf.], SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/465, Bl. 386–391r, hier Bl. 387.

68 WAGNER/LAUDIEN: „Der neue Student – ein Delegierter der Werktätigen“ (Manuskript) v. 22. 3. 1950, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 181–185, Zitate Bl. 183.

69 Zu den großen Schwierigkeiten, noch 1949 Wohnraum für neue Hörer der ABF bereitzustellen, vgl. den „Bericht über die Eröffnung der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität Jena“ der Abt. Parteischulung, Kultur und Erziehung des Landesvorstandes Thüringen an das Zentralsekretariat der SED/Abt. Kultur und Erziehung v. 6. 10. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/465, Bl. 497–502, bes. Bl. 500f.

teresse einer besseren ideologischen Beeinflussung die Unterbringung der Vorstudenschüler, der Studenten der pädagogischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Internaten in die Wege zu leiten“.⁷⁰ Umgekehrt sollte die Internatserziehung auch der Abschottung der ABF-Hörer von den Studenten der Universität dienen, „die z. T. noch mit allen Formen des Formalismus behaftet“ seien.⁷¹

Neben diesen Kernelementen sprechen mehrere Anzeichen dafür, daß in den Augen der SED-Führung die VA/ABF-Ausbildung sehr nahe an das parteiinterne Kaderbildungssystem gerückt war. Beispielsweise plante die Kulturabteilung des Parteivorstandes im Frühjahr 1950, befürwortete Bewerber vor Aufnahme ihres Studiums „Parteischulen oder Schulen der Massenorganisationen“ besuchen zu lassen. Ob dieses Ziel auch umgesetzt wurde, muß zunächst offenbleiben.⁷² Immerhin versuchte das Staatssekretariat für Hochschulwesen 1952, einen detaillierten Katalog von Anforderungen an das Vorleben von ABF-Bewerbern zu verordnen, in dem neben anderem nach einem Parteilehrjahr als erwünschter Weiterbildungsmaßnahme gefragt wurde.⁷³ Auch als OTTO SCHÖN, Leiter des Büros des Politbüros, 1952 die Delegierungen durch die Parteiorganisationen vorbildlicher Kombinate auflistete und dabei Entsendungen an verschiedene Stufen des Parteischulungssystems in einem Atemzug mit der Delegierung zur ABF lobend erwähnte, nahm er die nachholende Vermittlung der Hochschulreife vorwiegend aus der Perspektive der Kaderschulung wahr (vgl. SCHÖN 1952, S. 10f.).

Parallel zur skizzierten Überformung der nachholenden Abiturausbildung durch Elemente kommunistischer Kaderbildung läßt sich konstatieren, daß die Bildungspolitik der DDR die Arbeiter- und Bauernfakultäten als Instrument nicht mehr nur einer Demokratisierung der Hochschulen, sondern zunehmend als Instrument umfassender Gesellschaftsplanung verstand.

So verband die Kulturabteilung des SED-Parteivorstandes mit der „Kulturverordnung“ der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31. März 1949, für dessen Realisierung ACKERMANN dem Politbüro verantwortlich war,⁷⁴ und der auch die Umwandlung der VA in ABF regelte,⁷⁵ ein erhöhtes Zulassungskon-

70 Entschliebung über die Aufgaben und die Politik der Partei an den Hochschulen v. 5. 2. 1948, in: Beschlüsse des Zentralsekretariats v. 6. 2. 1948, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2.1/170, Bl. 3–10, hier Bl. 8. [Hervorhebungen gegenüber dem Original geändert, d. Verf.].

71 So der Direktor der ABF Leipzig, HORST EBSCHBACH, laut Protokoll über die Konferenz der Direktoren und Studiendirektoren der ABF in Leipzig am 21./22. 9. 1951 v. 24. 9. 1951, BAP, R3, 426, nicht paginiert.

72 Vgl. „Richtlinien für die Auswahl und Zulassung zu den Arbeiter- und Bauernfakultäten“, o. Verfasser, o. D. [aus dem Zusammenhang: unmittelbar vor dem 15. 3. 1950], SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 93–95, Zitat Bl. 93.

73 Vgl. die Richtlinien für die Aufnahmeprüfung für das Studium an den Arbeiter- und Bauernfakultäten im Jahre 1952 (Staatssekretariat für Hochschulwesen) v. 7. 4. 1952, HUArch, ABF, 5, nicht paginiert, S. 2.

74 Vgl. Beschluß des Politbüros v. 12. 4. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/2/16, Bl. 4f.

75 Vgl. den Text der Verordnung in: Kulturplan, S. 63–74. Zur Umwandlung der VA in ABF vgl. Punkt 11, ebd., S. 68.

tingent von allein im Herbst 1949 3000 neu zuzulassenden Hörern.⁷⁶ Die Parteiführung ließ dabei erkennen, daß sie mit dieser quantitativen Ausweitung der ABF-Kontingente nicht mehr nur auf die Hochschulen selbst zielte, sondern das Arbeiterstudium als Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik verstand. „Eine jährliche Zulassung zuverlässiger, fortschrittlich-demokratischer Studenten“ stellte, so die Kulturabteilung, „die entscheidende Maßnahme in unserem Kampf für die Bildung einer neuen Intelligenz dar.“⁷⁷ Bereits ein knappes Jahr zuvor, im August 1948, hatte ULBRICHT seine Forderung, eine „eigene Intelligenz“ aus der Arbeiterschaft zu rekrutieren, m.W. erstmals mit der Perspektive eines Übergangs zum Sozialismus verbunden.⁷⁸ Zuvor finden sich Stimmen, die Hochschulpolitik mit unverhohlenen sozialistischer Perspektive verbanden, nur vereinzelt; die sie erhoben, spielten, wie ULRICH QUECK, in der internen Entscheidungsfindung zum Arbeiterstudium keine Rolle.⁷⁹

Etwa seit 1950 mehren sich Anhaltspunkte, daß die ABF mehr und mehr in die langfristige gesamtwirtschaftliche Planung integriert wurden. Zunächst forderte der 1. Fünfjahrplan von 1950, die Zahl der ABF-Hörer auf 12000 im Jahr 1955 anzuheben (vgl. Fünfjahrplan 1952, S. 155f.). Sodann war seit August 1950 nicht mehr nur das Volksbildungsministerium in die ABF-Politik involviert, sondern auch die Ministerien für Aufbau, Industrie und Inneres. Letztere hatten allem Anschein nach die Kosten für das Arbeiterstudium zu tragen, während dem MfV die Planungsarbeiten oblagen.⁸⁰ Zumal nachdem die Zweite Parteikonferenz im Juli 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ beschlossen hatte, gerieten die ABF-Hörer zum Rekrutierungspotential für diesen Aufbau. Sei es, daß ABF-Studenten noch vor Ende ihrer Ausbildungszeit für eine im Oktober 1952 neu zu errichtende „Technische Fakultät für Luftfahrtwesen“ an der Universität Rostock auszuwählen waren,⁸¹ sei es, daß das Staatssekretariat Studienbewerber für Pädagogik entbehrte und sich veranlaßt sah, „200 Studenten des 3. Studienjahres der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten zum Studium der Pädagogik zu delegieren“, nicht ohne sie zuvor „auf die große gesellschaftliche Bedeutung des Studiums der Pädagogik und auf die materielle Förderung der Lehrer in der Deutschen Demokratischen Republik“ hingewie-

76 Vgl. Vorlage der Abteilung Kultur und Erziehung des Parteivorstandes an das Kleine Sekretariat: „Richtlinien für die Werbung, Auswahl und Zulassung von Hörern an unseren Universitäten, Hochschulen und Arbeiterfakultäten“ v. 28. 4. 1949, SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/9.04/464, Bl. 20–23, hier Bl. 21. Zum Vergleich: Im Februar 1948 studierten an allen VA der SBZ 5163 Personen; Schreiben WANDEL an PILZ (Studentenreferat DVV) v. 17. 4. 1948, Anlage: Stand vom Februar 1948, BAP, R3, 455, nicht paginiert.

77 Wie Anm. 76, hier Bl. 20.

78 Vgl. den Auszug der Rede ULBRICHTS vor der Höheren Polizeischule Berlin am 27. 8. 1948, in: DOWIDAT 1982, S. 487f., Zitat S. 487.

79 Vgl. ULRICH QUECK: Die Universität – reformbedürftig?, in: Einheit 2 (1947), S. 507f.

80 Vgl. Schreiben des Ministeriums für Planung/Zentrales Planungsamt/Kulturplanung an die Ministerien f. Aufbau, Industrie, Inneres, Volksbildung v. 21. 8. 1950, BAP, R3, 457, nicht paginiert.

81 Vgl. Rundschreiben der Abt. ABF, studentische Angelegenheiten und Körpererziehung (Staatssekretariat für Hochschulwesen) an die ABF-Direktoren v. 19. 9. 1952, BAP, R3, 505, nicht paginiert.

sen zu haben.⁸² Idealvorstellung war es dabei, die ABF-Absolventen, „entsprechend den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen“ auf die verschiedenen Studiengänge zu verteilen.⁸³ Ob dies bis Mitte der fünfziger Jahre tatsächlich gelungen ist, scheint zweifelhaft, bezeichnete doch eine Vorlage zur Direktionssitzung der Berliner ABF im Oktober 1953 die Erfolge dieser „Studienlenkung“ als „völlig unzureichend“.⁸⁴

Indem auf diese Weise die ABF zunehmend in die gesamte Bildungs- und Gesellschaftsplanung der DDR eingebunden wurden, wird ihre isolierte Betrachtung im selben Maße problematischer. Immer weniger werden Intentionen, die die SED und das SfH auf die ABF richteten, verständlich, wenn man die übrige Bildungspolitik außer acht läßt. Aufgabe weiterer Forschung wird es sein müssen, die Querbezüge zwischen Oberschul- und Universitätsausbildung, Erwachsenenbildung und dem Parteischulungssystem herzustellen und die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in diesen Zusammenhang einzubetten.

Literatur

- ACKERMANN, A.: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. In: Einheit 1 (1946), S. 22–32.
- AKTEN UND VERHANDLUNGEN des Landtags der Provinz Sachsen-Anhalt 1946–1952, Bd. I.1 (Sitzungsprotokolle 1. Wahlperiode, 1.–32. Sitzung). Frankfurt a.M. 1992 (Reprint).
- ANWEILER, O./MEYER, K. (Hrsg.): Die sowjetische Bildungspolitik 1917–1960. Dokumente und Texte. Berlin 1979.
- BABITSCHENKO, L. G.: Die Kaderschulung der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Berlin 1993, S. 37–59.
- BERLIN. Quellen und Dokumente 1945–1951, 1. Halbbd. Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin. Berlin 1964.
- BEYME, K. v.: Elite. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Freiburg u. a. 1968, Bd. II, Sp. 103–128.
- DAS BILDUNGSWESEN der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin (Ost) 1983.
- BRILL, H. L.: Gegen den Strom. Offenbach a. M. 1946.
- BROSZAT, M./WEBER, H. (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1993.
- BRUMME, H.: Über die Tätigkeit der Erziehungskommission des illegalen deutschen Volksfrontkomitees im Konzentrationslager Buchenwald im Jahre 1944. In: Monumenta Paedagogica XV: Lehrer im antifaschistischen Widerstand der Völker. Berlin (Ost) 1974, S. 387–395.
- CZERNÝ, J. (Hrsg.): Wer war Wer – DDR. Ein biographisches Lexikon. Berlin 1992.
- DIETRICH, G.: Ein Mitbürger der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Anton Ackermann. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 33 (1991), S. 107–115.
- DOWIDAT, C.: Personalpolitik als Mittel der Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR (1945–1952). In: H. WEBER (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950. Köln 1982, S. 463–496.

82 Vgl. Rundschreiben der Abt. ABF, studentische Angelegenheiten und Körpererziehung (Staatssekretariat für Hochschulwesen) an die ABF-Direktoren v. 30. 9. 1952, BAP, R3, 505, nicht paginiert.

83 Vgl. Anweisung Nr. 44 des Staatssekretariats für Hochschulwesen zur „Durchführung des Fakultäts- bzw. Hochschulwechsels der Absolventen der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten im Studienjahr 1954/55“ v. 24. 3. 1954, HUArch, ABF, 38, nicht paginiert, dort auch das Zitat.

84 Vgl. Vorlage für die Direktionssitzung am 20. 10. 1953 [Aussteller unbekannt, d. Verf.], HUArch, ABF, 6, nicht paginiert, dort auch das Zitat.

- ERLER, P. u. a. (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Berlin 1994.
- UM DIE ERNEUERUNG der deutschen Kultur. Erste Zentrale Kulturtagung der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 2. bis 5. Februar in Berlin. Berlin 1946.
- FEIGE, H.-U.: Aspekte der Hochschulpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (1945–1948). In: *DeutschlandArchiv* 25 (1992), S. 1169–1180.
- FEIGE, H.-U.: Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät an der Universität Leipzig (1947–1951). In: *DeutschlandArchiv* 26 (1993), S. 572–583.
- FEIGE, H.-U.: Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), S. 795–808.
- FISCHER, A.: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945. Stuttgart 1975.
- FISCHER, A.: Das Bildungssystem der DDR: Entwicklung, Umbruch und Neugestaltung seit 1989. Darmstadt 1992.
- FÜNFJAHRPLAN zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955). In: *Dokumente der SED*, Bd. III, Berlin 1952, S. 131–161.
- GEISSLER, G.: Zur Schulreform und zu den Erziehungszielen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1947. In: *Pädagogik und Schulalltag* 46 (1991), S. 410–422.
- GEISSLER, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen 1992.
- GLAESSNER, G.-J./RUDOLPH, I.: Macht durch Wissen. Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR. Eine politisch-soziologische Untersuchung. Opladen 1978.
- GRABS, U.: Der Kampf und die Leistungen der SED-Landesparteiorganisation Sachsen zur Herausbildung einer neuen wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes mit der Durchsetzung des Arbeiterstudiums im Land Sachsen 1945–1949, Diss. A (masch.) Dresden 1974.
- GRAMS, W.: Kontinuität und Diskontinuität der bildungspolitischen und pädagogischen Planungen aus Widerstand und Exil im Bildungswesen der BRD und DDR. Frankfurt a.M. 1990.
- HÄDER, S.: „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs?“ Zur Auswahl und sozialen Struktur von Oberschülern am Beispiel Ost-Berlins (1945 bis 1955). In: H. GOTSCHLICH (Hrsg.): „Links und links und Schritt gehalten ...“ Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen. Berlin 1994, S. 170–186.
- HEARNDEN, A.: Bildungspolitik in der BRD und DDR. Düsseldorf ²1977.
- HERLEMANN, B.: Der deutschsprachige Bereich an den Kaderschulen der Kommunistischen Internationale. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 18 (1982), S. 205–229.
- HOHLFELD, B.: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat. Weinheim 1992.
- KAEUBLE, H.: Chancengleichheit und akademische Ausbildung in Deutschland 1910–1960. In: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), S. 121–149.
- KASPER, H.-H.: Der Kampf der SED um die Heranbildung einer Intelligenz aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft über die Vorstudienanstalten der Universitäten und Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945/46 bis 1949), Diss. A (masch.). Freiburg 1979.
- KATER, M.H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik. Stuttgart 1975.
- KELLER, D.: Sowjetische Hilfe und deutsch-sowjetische Zusammenarbeit im Hochschulwesen der DDR (1945–1975). In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe* 25 (1976), S. 89–112.
- KOCKA, J.: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 40 (1994), S. 34–45.
- KOSELLECK, R.: ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien. In: Ders.: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M. 1989, S. 349–374.
- KRÖNIG, W./MÜLLER, K.-D.: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR. 1945–1961. Köln 1994.
- DER KULTURPLAN. Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer

- Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Stenographischer Bericht über die Sitzung der Vollversammlung der DWK am 31. März 1949 (= Schriftenreihe der Deutschen Wirtschaftskommission, 2). Berlin (Ost) o. J.
- LAMMEL, H.-J.: Arbeiter und Bauern auf die Hochschulen! Zur Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums in der Anfangsphase der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens. In: *Das Hochschulwesen* 34 (1986), S. 317–324.
- LAMMEL, H.-J. (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR. Teil I: 1945–1949. Berlin 1987; Teil II: 1949–1966. Berlin 1988.
- LAMMEL, H.-J. (Hrsg.): Arbeiter-und-Bauernfakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR. Auswahlbibliographie, Berlin 1989.
- LANGE, M. G.: Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands. Frankfurt a. Main 1954 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 3).
- LANGWIESCHE, D.: Erwachsenenbildung. In: Ders./H.-E. TENORTH (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*. Band V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989, S. 337–370.
- LEIPART, T./ERDMANN, L.: Arbeiterbildung und Volksbildung, Berlin 1928.
- LEONHARD, W.: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln/Berlin 1955.
- LINK, W.: Erziehungspolitische Vorstellungen der deutschen sozialistischen Emigration während des Dritten Reiches. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 19 (1968), S. 265–279.
- LÖNNENDONKER, S.: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität. Berlin 1988.
- LUNDGREEN, P.: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.
- MENDE, K.D.: Schulreform und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1946–65. In: S.B. ROBINSON (Hrsg.): *Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich*. Stuttgart 1970.
- MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN der DDR/Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hrsg.): *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949*. Berlin (Ost) 1968.
- MÜLLER, E.E./MÜLLER, M.: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der miteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953.
- NEWSKI, W./RAWITSCH, S.: Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland (= Bibliothek der Kommunistischen Internationale, H. 6). Hamburg 1921.
- OVERESCH, M.: Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn 1992.
- PETRAT, G.: Die gezielte Öffnung der Hochschulreife für alle Volksschichten in der Weimarer Republik. In: M. HEINEMANN (Hrsg.): *Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik*. Stuttgart 1976, S. 75–91.
- REICHLING, N.: Akademische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik. Münster 1983.
- RICHTER, E.: „Sozialistische Universität“. Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967.
- RUSINEK, B.-A.: Jugendwiderstand und Kriminalität. Zur neueren Bewertung der „Edelweißpiraten“ als Widerstandsgruppe. In: G.R. ÜBERSCHÄR (Hrsg.): *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime*. Köln 1994, S. 291–308.
- SAMMLUNG der Drucksachen des Preußischen Landtags (Anlagen zu den Sitzungsberichten), 2. Wahlperiode, Bd. 10, Berlin. 1927.
- SCHÄFER, E.: Historische Vorläufer der wissenschaftlichen Weiterbildung. Von der Universitätsausdehnungsbewegung bis zu den Anfängen der universitären Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1988.
- SCHNELLER, W.: Die deutsche demokratische Schule. Berlin 1955.
- SCHÖN, O.: Über unsere gegenwärtigen kaderpolitischen Aufgaben. Referat auf der Zentralen Tagung der Kaderfunktionäre der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin (Ost) 1952.
- SCHOSSIG, B.: Die akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in München. Eine historisch-pädagogische Studie zur Frühgeschichte der Volkshochschule, München 1985.
- SCHULTZ, J.: Der Funktionär in der Einheitspartei. Kaderpolitik und Bürokratisierung in der SED. Stuttgart/Düsseldorf 1956.

- STALLMANN, H.: Hochschulzugang in der SBZ/DDR von 1945–1959. St. Augustin 1980.
- STALLMANN, H.: Die Anfänge des Arbeiter- und Bauernstudiums in der SBZ/DDR. In: M. HEINEMANN (Hrsg.): Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich. Stuttgart 1981, S. 268–277.
- TITZE, H.: Hochschulen. In: D. LANGEWIESCHE/H.-E. TENORTH (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V: 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München 1989, S. 209–240.
- WANDEL, P.: Unsere Universitäten und die Idee der Humanität. Rede zur Neueröffnung der Universität Berlin am 20. Januar 1946. In: Ders.: Reden zur Kulturpolitik. Berlin 1955, S. 9–18.
- WITTWER, W. W.: Die sozialdemokratische Schulpolitik in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur politischen Schulgeschichte im Reich und in Preußen. Berlin 1980 (= Historische und Pädagogische Studien, Bd. 12).
- WÖRMANN, H.-W.: Zwischen Arbeiterbildung und Wissenschaftstransfer. Universitäre Erwachsenenbildung in England und Deutschland im Vergleich. Berlin 1985.
- ZIMMERMANN, H.: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR. In: H. KAEUBLE u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 322–356.
- ZYMEK, B.: Schulen. In: D. LANGEWIESCHE/H.-E. TENORTH (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band V: 1918–1945. München 1989, S. 155–208.

Abstract

The author examines the motives, expectations, intentions, and objectives that educational politicians in the Soviet-occupied zone and in the early GDR connected with the Preparatory Studies for higher education, since 1949 called Workers and Farmers Faculties. It is shown that, contrary to a common assumption, the foundation of these institutions cannot be traced back to a Soviet model and that no direct predecessors are to be found in the Weimar Republic. On the other hand, parallels are revealed to educational-political demands raised by German Social Democrats during the inner-war period. The early take-over of the universities by National Socialism was a major motive for using these institutions to recruit young workers and farmers, – a social group which would allow to oppose suspected fascist developments among the student body. Due to these circumstances, the foundation of the Preparatory Studies may not be considered primarily the product of a genuine communist educational policy. It was only during the late 1940s, that the aim predominated to recruit an academic elite loyal to the system for the formation of a socialist state.

Anschrift des Autors:

Michael C. Schneider, Osloer Str. 101, 13359 Berlin